

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Kummelschhain, Buscha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und Kleinsteinstenberg, Kluga, Köhra, Eichenhardt, Pomßen, Stauditz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekannmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 2.—, 1/2-jährlich Mk. 9.—,
jährlich Mk. 18.—, durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Wagelgebühren: Die Sperrposten Korrespondenz 80 Pfg., ansonsten 75 Pfg. Um-
läufiger Teil Mk. 1.20. Nachnahme Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Bandert Mk. 2.—.
Annahme der Wagelgebühren bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
später noch früher. — Alle Wagelgebühren nehmen Aufträge entgegen. —
Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gung & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 56

Freitag, den 13. Mai 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Das Wirtschaftsministerium hat den Bezirksverband ermächtigt, den Landwirten, die ihr Lieferungslohn sowohl in Brotgetreide wie auch in Hafer voll erfüllt haben, oder bei denen ein Lieferungslohn überhaupt nicht bestanden hat, oder deren Lieferung ohne ihr Verschulden ganz oder zum Teile unterblieben ist, auf schriftlichen Antrag die in ihrem Besitze befindlichen Schrotmühlen, die nicht mit Schichtvorrichtung versehen sind, zum Verschrotten von Mais und Hafer aus eigenen Beständen und nur für den eigenen Wirtschaftsbetrieb mittels schriftlicher Verfügung bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres freizugeben. Die bezügliche Besuche sind an die Getreidegeschäftsstelle Grimma — Schützenhaus — zu richten.

Grimma, 9. Mai 1921. 1014 Getr
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Sonnabend, den 14. Mai 1921 vormittags 9 bis 12 Uhr werden im vormals Grundbesitzeren Schuppen Wiesenstraße **Griffiths** zum Preise von 15 Mk. je Zentner und **von 12 bis 1 Uhr mittags Kartoffeln** in Odt's Grundbesitzeren Langestraße 16 zum Preise von 47 Mk. je Zentner zentnerweise verkauft.

Naunhof, am 11. Mai 1921. Der Bürgermeister.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat verbilligten **Maïs für die Schweinemast** zur Verfügung gestellt. Die Bereitstellung ist erfolgt um eine bessere Fleischversorgung herbeizuführen. Bezugsberechtigt sind Schweinemäster und zwar Großmäster, die Verträge wegen Lieferung von schlachtreifen Schweinen abzuschließen gewillt sind. Die näheren Bestimmungen können im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11 eingesehen werden. Etwaige Anträge auf Lieferung von Maïs sind **sofort spätestens bis 13. d. M. mittags 1 Uhr** hier zu stellen.

Naunhof, am 12. Mai 1921. Der Bürgermeister.

Zwischen Ja und Nein.

Aber die innerpolitische Lage bei der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Entente-Ultimatums wird uns von einem politischen Mitarbeiter aus Berlin geschrieben:

Ob man das Mai-Ultimatum der Entente annehmen konnte, ob man es ablehnen mußte, diese Frage bewegte, seitdem es am Himmelfahrtstage in Berlin eingetroffen ist, unablässig die Gedanken und Empfindungen jedes Deutschen. Leicht hatten es bei diesen schicksalsschweren Entscheidungen nur diejenigen, die von vornherein, sobald nur das Wort „Ultimatum“ an ihr Ohr schlägt, zum Nein sagen entschlossen waren, die vor Entrüstung bebten, wenn sie daran denken, was die Feinde dem ehemals so stolzen Deutschen Reiche zu bieten wagten, und denen es das Herz brach, zu sehen, wie sichtbar unbewegt, wie gleichmütig das deutsche Volk von heute auch die schlimmsten Demütigungen hinnimmt, die ihm zugefügt werden. Doch reichen solche nur zu verständlichen Gefühle nicht aus, um Politik zu machen; wir müssen, was wir tun und lassen sollen, mehr als je auch mit unserem Verstande rechtfertigen können, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, gerade diejenige Entscheidung zu fällen, auf die unsere unverdrossenen Lippen am meisten erpicht sind.

Also annehmen, trotz alledem und alledem? Die so dachten, waren über die Ungeheuerlichkeit der uns zugemessenen wirtschaftlichen Leistungen natürlich vollkommen im Klaren. Sie wagten aber nicht zu sagen, daß ihre Erfüllung unter allen Umständen unmöglich sei; denn einmal setzen sich diese Leistungen aus einem festen und einem unbestimmten Betrage zusammen, und dann ist ja auch das Maß unserer Leistungsfähigkeit keine unbedingt feststehende Größe. Sie kann, bei verhältnismäßig günstiger Gesamtlage, bei einiger Bereitwilligkeit dieser oder jener Weltmacht, und aus allgemein wirtschaftlichen Gründen nach Möglichkeit zu Hilfe zu kommen, sozusagen gestreckt werden, und es ist doch wirklich nicht anzunehmen, daß, wenn die uns vorgeschriebenen Zahlungsmodalitäten erst einmal in Lauf gekommen sind, jede kleine Verzögerung oder Schwächung der Einzelleistungen, wenn sie wirklich nicht zu vermeiden war, sofort wieder als Kriegsgrund gegen uns geltend gemacht werden wird. Gewiß sind das unsichere Erwartungen, und man kann nicht voraussehen, ob und wie lange die chauvinistische Erziehung der Gemüter in Frankreich noch andauern wird. Aber wenn wir ablehnen, schufen wir ganz bestimmt keine Erleichterung dieser feindseligen Zustände, sondern setzten uns, in den Augen der Franzosen und aller derjenigen, die sich nun einmal unbesiegt von deren Stimmungen mit erfassen lassen, abermals ins Unrecht. Und was hatten wir dann? Die so richtige Befestigung des Ruhrgebietes mit allen ihren ganz unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen. Von ihr bis zur Erneuerung der Räumlichkeiten wäre dann nur noch ein Schritt, Rheinland-Westfalen hätte die längste Zeit zum Reiche gehört, unsere Volkswirtschaft wäre in jeder Beziehung von der Gnade der Franzosen abhängig geworden, und daß die Entente uns danach noch in Ober- und Niederhand stellen könnte, müßte als ausgeschlossen gelten. Frankreich würde binnen kurzem die stärkste Industrie-

macht in Europa werden und könnte als solche sowohl England wie Amerika gegenüber noch ganz anders auftrumpfen — während, wenn wir annehmen, diese beiden Staaten, deren Wirtschaftsinteressen doch wirklich nicht mit denen Frankreichs bis zum letzten Ende konform gehen, Zeit gewinnen, um, mit aller gebotenen Vorsicht selbstverständlich, dieser ungemein verhängnisvollen Entwicklung noch in die Jügel fallen zu können. Und schließlich: konnten wir uns überhaupt noch zutrauen, den unausbleiblichen Folgen einer Ablehnung gewachsen zu sein? War unser unfähig jermühtes und zerrüttetes Volk wohl imstande, sich auch nur ruhigen Blutes klar zu machen, was ihm mit der Befestigung des Ruhrgebietes bevorstände? Würden dann die Hege und Putschler nicht sehr bald wieder gewonnenes Spiel haben? Würden wir nicht in Selbstzerfleischung und Bürgerkrieg vollends zugrunde gehen? Wer diese Fragen, ehrlicherweise bejahen mußte, konnte unmöglich die Folgen einer Ablehnung des Ultimatums auf sich nehmen. Für den konnte Entschuldigungs- und Kriegsschuldigenfrage nur eine nebensächliche Rolle spielen, für den durfte auch die Ehrenfrage, die Rücksicht auf Würde und Selbstachtung nicht den Ausschlag geben. Wir sind nicht mehr in der Lage, diesen „Imponderabilien“ das Gewicht einzuräumen, das ihnen gebührt. Wir kämpfen im wörtlichen Sinne des Begriffes um unser nacktes Leben.

Die es ablehnten, allen diesen Überlegungen und Vorstellungen Gehör zu schenken, taten es einmal, weil sie es nicht über sich gewinnen konnten, den Standpunkt des ehrlichen Kaufmanns preiszugeben. Der ehrliche Kaufmann will nichts davon wissen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen er sozusagen mit üblicher Gewißheit voraussetzen kann, daß er sie nicht zu erfüllen vermag. Neben diesem Gesichtspunkt verblieben alle sonstigen moralisch-politischen Erwägungen, denn das Wort ist und soll dem deutschen Kaufmann für immer heilig bleiben. Und wer sich bei seinem Reine weniger von wirtschaftlichen als von politischen Gedanken leiten läßt, betont immer wieder aufs neue, daß es unsinnig wäre, durch seine Unterschrift unerfüllbare Verpflichtungen anzuerkennen, um ein Übel zu vermeiden, das dann doch in vier oder sechs oder acht Wochen unfehlbar eintreten muß, eben weil die uns auferlegten Bedingungen unerfüllbar sind. Und unter diesen Bedingungen spielten bei ihm die politischen Forderungen der Entente durchaus nicht die nebensächliche Rolle, wie bei den Befürwortern der Unterzeichnung. Sie kamen nicht darüber hinweg, daß die sofortige Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher immer wieder von uns verlangt wird, als hätten wir nicht ohnehin schon längst alles getan, was in unseren Kräften stand, um diese unselige Frage aus der Welt zu schaffen. Und sie konnten es nicht über sich gewinnen, mit der Frage der Entlastung unserer Offiziere wie der bayerischen Einwohnerversicherung Verpflichtungen zu übernehmen, die ihnen den Forderungen der Gerechtigkeit zu widersprechen schienen. Auch hier abermals steht die technische Ausführbarkeit dessen, was von uns verlangt wird, so sehr in Frage, daß es ihnen gewissenslos erschien, ja zu sagen.

Die Geister schieden sich wieder einmal, nicht nach Parteien, sondern nach dem Gewissen, und niemand dürfte sich erdreisten, auf diejenigen, die in dem einen oder andern Lager stehen, den ersten Stein zu werfen.

Das bedrohte Ruhrrevier.

Frankreichs Besatzungsplan.

Nach den letzten Meldungen aus Paris ist in dem Plan des Generals Weygand zur Befestigung des Ruhrgebietes vorgesehen, daß das ganze Ruhrgebiet binnen fünfzehn Stunden nach Abmarsch der Truppen von Düsseldorf in den Händen der Besatzungsarmee sein soll. Tanks, Kavallerie und Panzerautos würden entlang dem Lippe- und Wupperthal vorrücken und oberhalb des Eisenbahnknotenpunktes von Dortmund wieder zusammenstoßen. Die neue Grenze sei 80 Meilen lang. Die Franzosen beabsichtigen, alles Kriegsmaterial zu zerstören, das bei Trupp und in anderen Munitionsfabriken des Ruhrgebietes noch aufgehäuft sei (!), wo, wie berichtet werde, Tausende von Militär- und anderen Gewehren und Rasenmähnegebrete noch unzerstört seien (!). Die Franzosen gedächten auch die Bevölkerung zu entwaffnen.

Spaltung im belgischen Kabinett.

Das belgische Sozialistenorgan „Peuple“ erklärt, die verbreiteten Nachrichten, im belgischen Ministerrat hätte außer dem Justizminister Vandervelde sich niemand gegen die vorgeschriebenen Zwangsmassnahmen im Ruhrgebiet ausgesprochen, seien falsch. Es sei nicht wahr, daß Minister Wauters geschwiegen habe, es sei ferner nicht wahr, daß Minister Destree die These von Minister Jaspar und Theunis vertreten habe. Vandervelde halte militärische Sanktionen für gefährlich, er halte sie auch für unwirksam und sei der Ansicht, daß sie keine Früchte zeitigen würden, ja sogar, daß sie einen neuen Kriegszustand herbeiführen könnten. Auch Destree glaube nicht, daß militärische Sanktionen Erfolge zeitigen würden. Er sei aber der Ansicht, daß Belgien allein an der Lage nichts ändern könne. Die gleiche Ansicht vertritt auch der sozialistische Minister Anseele. Was aber die Presse verschweige, sei,

daß auch der liberale Minister Franks Gegner des Abenteurers im Ruhrgebiet sei und auch der katholische Minister Van de Vyvere.

Reichskanzler Dr. Wirth.

Bedeutet Annahme des Ultimatums.

Die Regierungskrisis im Reich ist in den Nachmittagsstunden des Dienstag endlich zur Lösung gekommen. Die erste amtliche Meldung darüber lautet:

Berlin, 10. Mai, 5 Uhr nachmittags.

Der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat vom Reichspräsidenten den Auftrag erhalten, das neue Kabinett zu bilden. Er hat diesen Auftrag angenommen und verhandelt zurzeit mit den Parteien.

Der neue Reichskanzler Dr. Wirth gehört der Zentrumspartei an und war im bisherigen Kabinett Fehrenbach Reichsfinanzminister, welches Amt er nach dem Abgang Erzberger's bereits übernommen hatte. Er ist Mitglied des Reichstages als Vertreter des Wahlkreises Baden. Dr. Wirth wurde am 6. September 1879 in Freiburg im Breisgau geboren und studierte an der dortigen Universität Mathematik, Naturwissenschaften und Volkswirtschaft. Im Jahre 1908 erhielt er an der gleichen Universität eine Professur. Seit 1914 ist er Mitglied des Reichstages; 1918 wurde er badischer Finanzminister. Wirth kann man zum linken Flügel der Zentrumspartei rechnen. — Aus der Ernennung Dr. Wirth's kann man ohne weiteres folgern, daß diese die Annahme des Ultimatums der Entente bedeutet, für die sich anscheinend auch bereits eine Mehrheit im Reichstage gefunden hat.

Das Faustrecht in Oberschlesien.

Schwere Konflikte in der Interalliierten Kommission.

Mit großer Dreistigkeit richtete der polnische Aufrührer Korfanty einen Funkspruch an den deutschen Reichskanzler, in dem er die Freilassung einiger angeblich als Geiseln gefangener Polen forderte, andernfalls er angegebene Deutsche festnehmen lassen werde. Die Reichsregierung lehnt es ab, mit Korfanty in irgendwelche Verhandlungen einzutreten und stellt im übrigen fest, daß von den Insurgenten bereits zahlreiche Deutsche verschleppt worden sind. Korfanty ist übrigens ungehindert in der Lage, Funkstationen der polnischen Regierung zu benutzen, wogegen von Deutschland bereits Einspruch erhoben worden ist.

Die allgemeine Lage bleibt nach wie vor ernst, ein irgendwelche nachhaltiges Einschreiten durch die Interalliierte Kommission ist nicht erfolgt. Im Schoße der Kommission, in der die Franzosen die Oberhand haben, ist es zu schweren Konflikten gekommen, da namentlich die Italiener nicht geneigt sind, ihre Leute zu opfern, während die Franzosen fast offenkundig den Aufstand begünstigen.

Berichte aus Opatow sprechen von einem offenen Bruch in der Interalliierten Kommission. Die italienischen und englischen Mitglieder sehen den französischen in schroffer Ablehnung gegenüber, weil sie diesen, die durchaus das politische und tatsächliche Übergewicht haben, vorwerfen, daß sie angesichts der Sachlage in Oberschlesien versuchen, die Lösung hinauszuziehen. Die Differenzen sind sogar rein persönlicher Natur geworden, und es hat heftige Einzelanklüge zwischen den Mitgliedern der Kommission gegeben. Der zweite italienische Bevollmächtigte, der bekannte Universitätsprofessor Passagli, hat sein Amt niedergelegt und ist abgereist, desgleichen haben zwei englische und ein italienischer Kreisinspektor wegen ungenügender Unterstützung um Enthebung von ihrem Posten gebeten.

Die Vertreter der deutschen politischen Parteien verhandelten mit der Interalliierten Kommission in Opatow und gaben dann bekannt, daß die Kommission sich entgegenkommend geäußert habe. Truppenverstärkungen seien beantragt worden. Die Kommission selbst erteilte folgenden Aufruf an die Bevölkerung:

„Die alliierten Mächte stimmen in der Beurteilung der in Oberschlesien vorgekommenen Unruhen vollständig überein. Die von den alliierten Mächten zu treffenden Entscheidungen werden durch die Ereignisse in Oberschlesien in keiner Weise beeinflusst. Die alliierten Mächte werden zu gegebener Zeit zur Lösung der oberschlesischen Frage schreiten und sich hierbei ausschließlich von dem Ergebnis der Abstimmung und den Festsetzungen des Friedensvertrages leiten lassen.“

In Opatow kam es zu einer Schieberlei der Franzosen auf Deutsche. Ein festgenommenen polnischer Insurrekt

ker.
lauben
enden
eier.
Uhr Tafel,
anzahl bitten.
ke, Punsch-
e.
Vereine und
d Frau.
Preise
teuer u. Glas
teuer u. Glas
20. Mai ac.
on Naunhof
osten dieser
tenlos gern
ermäßigung.
Lager.
61.
Naunhof
beiten.
schläge.
chung.
Bau- u. Verbundbau.
ungen
rader
stelle
s auf Lager
in eigener Werkstatt!
len
rrädern, Autos,
n Musikwerke
den Arbeiten.
aniker
7
ftbetrieb.
Deutsch
h
kann.
Mai 1921.
r Silber-
eundlichen
sagen wir
n unseren
d Frau.